

## **Globalisierung, Geoökonomie und der Euro**

HSFK-REPORT 4/1998

---

### **Zusammenfassung:**

In den neunziger Jahren haben zwei Schlagworte Karriere gemacht: "Globalisierung" und "Geoökonomie". Von entgegengesetzten Enden beanspruchen sie nicht nur, die Expansion und den Wandel der Weltwirtschaft sowie deren Konsequenzen für das internationale Staatensystem auf den Begriff zu bringen, sondern auch die richtigen ordnungspolitischen Schlüsse zu ziehen. Als idealtypische Antipoden sind sie daher vorzüglich geeignet, um die internationalen Implikationen jener weltwirtschaftlichen Zäsur zu analysieren und zu bewerten, die mit der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung, dem Euro, markiert wird.

Die "Globalisierung" hat heute unangefochten die ideologische Hegemonie errungen. Es gibt kaum eine wirtschaftspolitische Äußerung, in der nicht aus mehr oder weniger berufenem Munde zumindest rhetorische Bezüge zum großen Ganzen der Globalisierung hergestellt werden. Darunter leidet die konzeptionelle Klarheit. Globalisierung meint keineswegs nur, daß sich wirtschaftliche Tätigkeiten über die staatlichen Grenzen weltweit ausdehnen. Das ist nichts Neues und gab es in vergleichbaren Größenordnungen bereits unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg. Nach Auffassung ihrer Theoretiker begründet die Quantität internationaler wirtschaftlicher Verflechtung vielmehr eine neue Qualität im Verhältnis zwischen Staat und Markt, wird zugespitzt der Staat auf eine abhängige Variable des Marktes reduziert. Auch das ist nicht völlig neu, wie ein Blick auf die Staatskritik des Anarchismus, der frühen Bolschewiki oder auch des Liberalismus und der Freihandelspazifisten vor hundert Jahren zeigt.

Die Globalisierung tritt in einer optimistischen und einer pessimistischen Variante auf. Während die Pessimisten wachsende Ungleichheit, soziale Fragmentierung und die Gefahr neuer Kriege beschwören, verwirklicht sich mit der Globalisierung für die Optimisten das klassische Freihandelspostulat des Liberalismus und der wirtschaftswissenschaftlichen Neoklassik. Der Staat dient der Rationalität des Marktes und beschränkt sich darauf, durch internationale Kooperation die institutionelle Infrastruktur für einen ungestörten Wettbewerb bereitzustellen.

Das sieht die "Geoökonomie" in realistischer Tradition völlig anders. Ihre Hochzeit datiert vor der Globalisierung am Beginn der neunziger Jahre und zu lokalisieren ist sie vornehmlich in den geostrategischen Laboratorien der USA. Da die Ökonomie als Grundlage und Instrument politischer Macht zu gelten hat und da Macht immer relativ ist, zählen für sie im wirtschaftlichen Wettbewerb allein die relativen Vorteile. Die Betonung absoluter Vorteile und das Ziel einer gemeinsamen Nutzenmaximierung wollen sie allenfalls als naive Illusion der ökonomischen Zunft gelten lassen. In der Geoökonomie verbinden sich folglich wirtschaftlicher Wettbewerb und staatliche Konkurrenz zu einer neuen internationalen Konfliktkonstellation.

In der internationalen Politik lassen sich unschwer Indizien für beide Momente finden, für die der Globalisierung geschuldete staatliche Kooperation ebenso wie für das geoökonomisch inspirierte Ringen um Positionsgewinne. Unter der Maßgabe, daß die Staaten, impotent versus omnipotent, gar nicht anders können, als die Präskriptionen beider vorgeben, schießen sie jedoch weit über das Ziel hinaus. Das gilt um so mehr, als beiden ein konjunktureller Bezugspunkt eigen ist, der sich vor allem in den USA findet. So korrespondierte der Aufstieg des geoökonomischen Paradigmas am Beginn der neunziger Jahre mit dem scheinbar säkularen Niedergang der USA, die - so die Wahrnehmung - zum Opfer eines vornehmlich von Japan entfesselten Wirtschaftskrieges zu werden drohten. Die Globalisierung

sonnt sich dagegen in der wiederauferstandenen amerikanischen Wirtschaft, die der Welt und zumal der geplatzten japanischen bubble economy und dem sklerotischen Europa erneut das Bild ihrer ordnungspolitischen Zukunft präsentiert. Verkehrte Welt: Galt noch vor wenigen Jahren der "kommunistische Kapitalismus" japanischer oder germanischer Prägung als uneinholbar überlegen, so landet er heute auf dem Müllhaufen der Geschichte.

Es dürfen jedoch Zweifel angemeldet werden, ob die Globalisierung aktuell wie potentiell tatsächlich die behaupteten anti-etatistischen Konsequenzen zeitigt. Zwar ist in den letzten Jahrzehnten die Integration der Güter- und Kapitalmärkte zum Teil beschleunigt vorangeschritten, noch aber handelt es sich nicht um einheitliche Märkte, wie allein die unterschiedlichen Preis- und Zinsniveaus zeigen. Und auch die Rolle des Staates in der Wirtschaft ist zwar im Zeichen von Deregulierung und Privatisierung unter massiven rhetorischen Beschuß geraten, in der Praxis aber lassen zumindest die Staatsquoten und der Staatsverbrauch keinen Rückzug erkennen. Im Gegenteil. Es ist daher verfrüht, den Staat und damit auch potentielle geoökonomische Anwendungen globalisierungstheoretisch abzuschreiben.

Diese Feststellung ist auch für die Einführung des Euro von Bedeutung. Zumal im transatlantischen Verhältnis erfolgt diese in einer nachgerade klassischen Nullsummen-Konstellation, denn was der Euro zu gewinnen ansteht, droht der US-Dollar als gegenwärtig einzige Reservewährung von Rang zu verlieren. Das kann für die USA einschneidende Konsequenzen haben, von denen Kursrückgänge des Dollar infolge von Portfolio- und Reserveverlagerungen noch die geringsten sind. Gravierender wird sein, daß die USA das Privileg einbüßen, ihr ungebremst wachsendes Leistungsbilanzdefizit ungeschmälert in der eigenen Währung finanzieren zu können.

Eine Kombination aus fühlbaren währungspolitischen Positionsverlusten und einer nicht minder fühlbaren Erlahmung der Wirtschaftskonjunktur wäre ein geradezu idealer Boden, um in den USA geoökonomische Reaktionen in Gestalt eines Euro bashing nach vertrautem Muster zu provozieren. Die resultierende Gefahr einer Eskalationsspirale gilt es frühzeitig einzuhegen. Das erfordert nicht nur eine punktuelle Kooperation zur Eindämmung einer virulenten Krise, sondern einen bereits heute zu institutionalisierenden stetigen Informationsaustausch mit der Perspektive einer auch makroökonomisch erweiterten Koordination. Dazu bietet sich als angemessener Rahmen nicht die G-7, sondern eine neu etablierte G-3 an, die die Notenbank-Gouverneure und Finanzminister der USA und Japans sowie von seiten der Europäischen Union den Präsidenten der Europäischen Zentralbank und den Vorsitzenden des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister zusammenführt.